

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/14

19. Januar 1973

Die Saar meldet sich zu Wort

Aussagen zu Politik, Wirtschaft und Länder-  
neuordnung

Von Friedel Läßle MdL  
Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion des  
Saarlandes

Seite 1 und 2 / 72 Zeilen

Der Irrtum der "Prawda"

"Reforger-Praxis" ist ein NATO-Beitrag zur  
Entspannung

Von Alfons Pawelczyk MdB

Seite 3 / 37 Zeilen

Die Stadtluft bläst ihnen ins Gesicht

Die großen Sorgenkinder der heißen Unions-  
Parteien

Seite 4 und 5 / 79 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Ich habe mich vorher ideologisch abgegrenzt"

Seite 6 / 31 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Die Saar meldet sich zu Wort

Aussagen zu Politik, Wirtschaft und Länderneuordnung

Von Friedel Läßle MdL

Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion des Saarlandes

Etwas im Schatten der großen Bundesentscheidung hatte sich am 19. November 1972 im jüngsten Bundesland ein politischer Erd-rutsch vollzogen. Die Sozialdemokraten überflügelten mit einem 47,9 Prozentanteil der Zweitstimmen, die bisher bei Landtags- und Bundestagswahlen stets vornliegende CDU um 4,5 vH. Das Ergebnis ist umso bemerkenswerter, als die Christdemokraten bei der Landtagswahl im Juni 1970 noch die absolute Mehrheit der Landtags-sitze erhielten. Die FDP - damals mit 4,4 vH. an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert - erreichte am 19. November 7,2 vH. Zweitstim-menanteil.

Die Addition ergibt für die Parteien der Bonner Regierungs-koalition 55,2 vH. gegenüber nur noch 43,4 vH. für die CDU. Das Ergebnis gewinnt noch dadurch an Bedeutung, wenn man bedenkt, daß die Sozialdemokraten im Saarland bisher immer unter dem Bundes-durchschnitt gelegen hatten; diesmal jedoch lagen sie deutlich darüber. Hinzu kommt - und das ist im Hinblick auf die im Jahre 1975 anstehende Landtagswahl besonders wichtig -, daß neben einem beträchtlichen Hinzugewinn katholischer Arbeitnehmerwähler sich fast drei Viertel aller Jungwähler für die SPD entschieden haben.

Es wäre jedoch mehr als leichtfertig, bereits jetzt davon aus-zugehen, daß damit die Landtagswahlen des Jahres 1975 für die SPD gewonnen seien. Das Votum der Mehrheit der Saarländer hat aber eine reelle Chance eröffnet, 1975 eine Koalition nach Bonner Vorbild zu erreichen. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn die unter Kurt Conrad eingeleitete Politik einer konstruktiven und selbst-bewußten Opposition konsequent fortgesetzt und der Begriff der

Solidarität, der die Grundlage politischer Entscheidungen darstellt, mit noch mehr Inhalt gefüllt wird. Diese Bemühungen könnten durch eine bessere personelle Repräsentanz in den Bundesgremien der Partei und durch eine stärkere Mitwirkungsmöglichkeit in der Bundesregierung wirksam unterstützt werden.

Vordringliche Aufgabe der Politik an der Saar muß es sein, dem nach vielen Wirren erst 1959 ins Bundesgebiet eingegliederten Saarland eine Struktur zu geben, die seine Standortlage entscheidend verbessert und die die ein Jahrhundert lang einseitig montanorientierte Wirtschaft auf neue Grundlagen stellt. In dieser Richtung sind mit Hilfe der Sozialdemokraten in der Bundesregierung in den letzten Jahren Erfolge erzielt worden; es wäre jedoch falsch, diese Förderungspolitik einzuschränken, bevor das Land an der Saar so ausgestattet ist, daß es ohne nachteilige Folgen für seine Bewohner in absehbarer Zeit Bestandteil eines größeren Bundeslandes werden kann.

Es stimmt von daher bedenklich, wenn die Bundesbank in ihrer jüngsten Stellungnahme zum Subventionsbericht der Bundesregierung aus finanziellen Gründen eine Einschränkung der regionalen Förderungspolitik in Ballungsräumen und zu Zeiten der Hochkonjunktur empfiehlt. Eine solche Empfehlung trifft vor allem den Raum Saar sehr hart, nach dessen Erfahrungen Industrieansiedlungen praktisch nur während einer Hochkonjunktur möglich sind.

Um es deutlich zu sagen: Wir sind für eine Neugliederung der Bundesländer, erwarten jedoch vorweg, daß den Saarländern die in Art. 72, 3 GG festgelegte Gleichheit der Lebensbedingungen gesichert wird. Dazu gehören neben dem mehrfach zugesagten Wasserstraßenanschluß notwendigerweise über das "Aktionsprogramm Saarland-Westpfalz" hinausgehende flankierende Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschafts- und Infrastruktur unseres Landes.

Im Gegensatz zur "Ernst-Kommission" habe ich vorgeschlagen, aus den Ländern Hessen, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland, bei Abtretung von neun Eifel- und Westerwaldkreisen an Nordrhein-Westfalen, ein Bundesland zu bilden. Dieses "Mittelwest"-Land würde dem Auftrag des Grundgesetzes in Artikel 29, gleichgewichtige Bundesländer zu schaffen, weit eher gerecht als die Vorschläge der "Ernst-Kommission", und es bietet zudem eine Reihe weiterer Vorzüge. Zumindest sollte es diskutiert werden, insbesondere von der "Ernst-Kommission" selber, die sich bisher nicht geäußert hat.

Die Chance, im Jahre 1975 - spätestens durch die Wahlen im Saarland - die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat zu verändern, ist sicher gegeben. Neben unserem Beitrag bedarf es dazu jedoch auch einer zielgerichteten Unterstützung durch die Bundesregierung. Das Saarland und insbesondere die Saar-SPD rechnen damit!

(-/19.1.1973/ks/ex)

### Der Irrtum der "Prawda"

"Reforger-Praxis" ist ein NATO-Beitrag zur Entspannung

Von Alfons Pawelczyk MdB

Zehntausend amerikanische Soldaten wurden in der Zeit vom 9. bis 14. Januar 1973 aus den USA in die Bundesrepublik geflogen. Sie sollen an der NATO-Übung "Reforger IV" teilnehmen, und anschließend bis zum 5. März 1973 in ihre Heimatgarnisonen zurückgekehrt sein. Die "Prawda" vom 14. Januar 1973 nennt die Übung eine "neue Provokation der NATO".

Worum handelt es sich wirklich? Die Reforger-Übungen gehen auf eine trilaterale Vereinbarung zwischen USA, Großbritannien und der Bundesrepublik von 1967 zurück. Die USA wollten aus finanziellen Gründen ca. 35.000 Mann Luft- und Landstreitkräfte aus der Bundesrepublik zurückverlegen. Die Truppen sollten auch danach dem Bündnis zur Verfügung stehen. Deshalb wurde vereinbart, daß jährlich eine Übung, Reforger genannt, in dem europäischen Stationierungsraum Süddeutschland stattfindet.

Bisher wurden drei Übungen (6. Januar 1969 bis 14. April 1969, 5. Oktober 1970 bis 24. November 1970 und 27. September 1971 bis 16. November 1971) durchgeführt. Einmal pro Jahr wird also die in Süddeutschland stationierte erste motorisierte US-Infanterie-Division für einige Wochen mit Truppen aufgefüllt, die in den Vereinigten Staaten stationiert sind, obwohl sie Bestandteil der in Süddeutschland untergebrachten Division sind. In der übrigen Zeit des Jahres existiert sie nur als "Rumpfdivision", wird aber trotzdem im Kräftevergleich NATO-Warschauer Pakt als voll-einsatzfähige Division mitgezählt.

Bei den MBFR-Verhandlungen wird über sogenannte "vertrauensbildende Maßnahmen" nachgedacht werden müssen, die unter anderem der Stabilisierung in Europa dienen sollen. Ich empfehle, die "Reforger-Praxis" als eine solche zu verabreden. Es wäre zu begrüßen, wenn auch die Sowjetunion beginnt, einen Teil ihrer Divisionen im Warschauer Pakt-Bereich die Fähigkeit zu Kampfhandlungen aus dem Stand zu nehmen. Der Zweck vertrauensbildender und stabilisierender Maßnahmen ist es, beiden Bündnissen die Fähigkeit zum schnellen militärischen Handeln zu nehmen. Die Zurückverlegung von Divisionsteilen in die Heimatländer und die Anmeldepflicht zu Truppenbewegungen sind ein wichtiger Schritt. Die Tatsache, daß der größere Teil einer US-NATO-Division sich statt zwölf Monate im Jahr nur zwei Monate in ihrem Stationierungsraum aufhält, ist bereits ein einseitiger Beitrag der NATO zur Entspannung. (-/19.1.1973/bgy/ex)

+ + +

### Die Stadtluft bläst ihnen ins Gesicht

#### Die großen Sorgenkinder der beiden Unions-Parteien

Der "Dialog", das der CDU nahestehende Springerverlags-Magazin für Politik, Wirtschaft und Kultur, veröffentlichte in seiner Januar-Ausgabe unter dem Titel: "Die CDU hat Stadtluft nötig" eine mit Graphiken und Zahlen belegte Analyse über die Wählerentwicklung in den Mittel- und Großstädten der Bundesrepublik seit 1949. Die darin festgehaltene Tendenz ist eindeutig und sie zeigt eine nur gelegentlich unterbrochene ständige Aufwärtsentwicklung für die SPD auf Kosten der Union. So stieg der Stimmenanteil der SPD, um nur einige herausragende Beispiele zu nennen, in Hamburg im Zeitraum 1949 bis 1972 von 40 auf 63 vH., in München von 27 auf 50 vH., in Köln von 33 auf 57 vH., in Essen von 34 auf 62 vH. und in Frankfurt von 39 auf 53 vH., wogegen die CDU im gleichen Zeitraum stagnierte und sogar Verluste bis zu acht vH. hinnehmen mußte. Eine Ausnahme bildet nur München. Von den 50 Großstädten der Bundesrepublik werden 48 von der SPD und lediglich 12 von der Union regiert.

Der Prozeß der zunehmenden Verstädterung stellte "Dialog" fest, könne also für die CDU zur Existenzfrage werden. In der Tat, der Anteil der Bundesbürger, der in Gemeinden von über 10.000 Einwohnern lebt, hat sich seit 1949 um 17 vH. erhöht und um diesen gleichen Hundertsatz ist auch der Stimmenanteil der SPD gestiegen. Für die Veränderung der politischen Gewichte in den Städten und für das stete Anhalten dieses Trends macht "Dialog" den der SPD zugutekommenden Bürgermeister-Bonus verantwortlich, dazu den Rückgang der Zahl selbständiger Handwerker, Einzelhändler und Landwirte sowie die wachsende Zahl der gehobenen und leitenden Angestellten, die sich zur SPD hingezogen fühlen und ihr Wählerreservoir verstärken.

So unrecht hat "Dialog" nicht. Die von dem CDU-Magazin mitgeteilten Tatsachen stimmen mit der politischen und soziologischen Wirklichkeit überein. Doch die daraus von "Dialog" gezogenen Schlußfolgerungen bleiben an der Oberfläche haften. Sie berühren nicht die eigentlichen Ursachen eines Wandels, dem unsere Gesell-

schaft unterworfen ist. Weshalb ist von diesem Wandel gerade die Union so nachteilig betroffen, weshalb bläst ihr die Stadtluft ins Gesicht? Die Antworten liegen auf der Hand. Es rächt sich eben, daß die Unions-Parteien in totaler Verkenntung gesellschaftspolitischer Trends und Notwendigkeiten Positionen bezogen haben, die im Widerspruch stehen zu den Interessen und Bedürfnissen jener Menschen, die von diesem Wandel betroffen sind und denen mit überlebten Ordnungsvorstellungen nicht mehr gedient und geholfen werden kann. Die Mehrzahl der Stadtbewohner besteht aus Mietern, und gerade sie bekamen es in den Zeiten der CDU/CSU-Alleinherrschaft zu spüren, was es bedeutet, dem Egoismus von Einzelinteressen ausgeliefert zu sein.

Es hat sich eben herumgesprochen, daß die Union nichts für die Verbesserung des Mieterschutzes übrig hatte, und es ist auch nicht unbekannt geblieben, daß entsprechende Eingriffe in das bisher geltende Eigentums- und Bodenrecht unumgänglich sind, sollen unsere Städte nicht ersticken, in Verkehrsnot verkommen und vom unerträglichen Lärm nicht erdrückt werden. Es gibt aber bis heute keine für die Union verbindlichen Vorschläge und Gesetzesvorlagen für ein neues Bodenrecht und für die Bekämpfung der Bodenspekulation, die soviel Unheil anrichtet.

Als das Städtebauförderungsgesetz von der ersten sozialliberalen Koalition verabschiedet wurde, stimmte die Union dagegen, weil sie sich aus der Einflußsphäre engstirniger Interessengruppen nicht zu lösen vermochte. Die CDU/CSU scheute bisher in ihren Reihen die Austragung von Konflikten, die sich als Diskrepanz zwischen privatem Wohlstand und öffentlicher Armut umschreiben lassen. Sie verneint die wachsende Verantwortung des Staates für das Wohl aller Bürger und diffamiert solche Bemühungen als ein Hineinschließen in einen kollektivistischen Staat. Damit hat sie auch ihren Wahlkampf zum VII. Deutschen Bundestag bestritten und darauf auch ihre Antwort erhalten. Sie schürte Emotionen und versuchte Furcht und Ängste bei den Bürgern zu erwecken. Das ging daneben. Die Union verhält sich provinziell und kann damit bei einer sich verstädtendern Gesellschaft nicht ankommen, in der die Impulse nach Gleichheit und Gerechtigkeit und Chancen für alle mächtig wirken. Der CDU ging und geht das Verständnis dafür ab, was die Mehrzahl unserer Bürger bewegt, und was ihnen auf den Nägeln brennt.

In den Unions-Parteien ist ein großer und auch für außenstehende Beobachter erregender Prozeß des Nachdenkens und der Überprüfung bisheriger Positionen im Gange. Die Geister liegen miteinander im Streit. Wenn aber, wie "Dialog" es tut, Strauß und Dragger als Retter aus tiefster Not empfohlen werden, nur weil in Bayern und in Hessen in einigen Städten auch die Union etwas hinzugewonnen hatte, dann hat sich diese Union für viele Jahre den Weg versperret, Mitstreiter und Mitkämpfer für eine den Notwendigkeiten unserer Zeit angepaßten Gesellschaft zu sein.

Albert Exler  
(-/19.1.1973/bgy/ex)

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Ich habe mich vorher ideologisch abgegrenzt"

Das "Fernsehen der DDR" strahlte am 13. Januar 1973 ab 19 Uhr in der Polithumor-Sendung "Ein Kessel Buntes" folgendes Zwiegespräch aus:

"Also bei mir war neulich auch ein Westdeutscher, wa."

"Was?"

"Ne, ne, der wollte zu meinem Onkel, aber der war nicht da. Jedenfalls faßt er in die Tasche, holt ne Pulle Bols raus, stellt se auf den Tisch und sagt: Nu holn Se mal zwei Gläser. Na des war vielleicht ne blöde Situation."

"Wieso war das ne blöde Situation, wenn dir einer ne Flasche Bols hinstellt?"

"Na sieh mal. Das war doch für mich ne völlig unbekannte Lage. Dialektisch hab ich mich doch sofort gefagt: Wie sollste die angestrebte gutnachbarliche Beziehung und die ideologische Abgrenzung unter einen Hut bringen?"

"Haste denn das geschafft?"

"Natürlich. Den Bols hab ich gutnachbarlich getrunken. Aber ich hab mich jedesmal vorher ideologisch abgegrenzt und hab' gesagt: 'Auf das Wohl unserer Republik!'"

"So ist das Leben."

"C'est la vie."

"Wir sind eben alle überlastet. Neulich hing ja sogar am Außenministerium ein Schild draußen dran: 'Wegen Arbeitsüberlastung werden bis 17 Uhr 30 keine Anerkennungen entgegengenommen'."

"Det geht ja heute schon so weit, daß wenn Dir nachts 'n Quartierwerber aus Bette trommelt, daß Du dern fragst: 'Sagnse mal, kommen Sie vom Festivalkomitee oder soll ick Botschafter in Untermiete aufnehmen?'"

"Mit den vielen Anerkennungen, da kommt man gar nicht mehr nach..."

(-/19.1.1973/ks/ex)